

Anzeigen finden durch die Neuf-Greenbrodcher Zeitung die weitestte Verbreitung und haben bei dem laufftätigen Lesetrefe unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gepaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuf und Greenbrodch 1.50 Mark, und für die 4gepaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5^{1/2} Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, **sonstige Bezahlung bei Aufgabe.**

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neufh. 47. Jahrgang.

* Ein Prozeß um den Treppenhäuser. Eine für alle Hausbesitzer wichtige Entscheidung hat das Landgericht Berlin II gefällt. Ein Mieter sollte seine Miete ver付, weil dieser die Treppenhäuser, die beim Mieter der 6-Zimmer-Wohnung vorhanden waren, aus Furcht vor einem neuen Kaufverdiebstahl dauernd entfernte. Das Amtsgericht Schöneberg und das Landgericht II haben den Mi. für Treppenhäuser zuzufügen den Miete bezahlt. Die Treppenhäuser wieder anzubringen. Das Landgericht schickte aus, daß es sich hier um größere Treppenhäuser in guter Gegend handle, wo Anspruch auf Treppenhäuser erhoben werden könne. Die Befriedigung eines Diebstahls gebe dem Miete nicht das Recht, die Treppenhäuser zu entfernen. Die der Kläger sei seinem Eingang vorgebunden habe, und deren Vorhandensein eine feste Mietsatz und bei Bestimmung des Mietpreises nicht ohne Einfluß gewesen sei.

...Belohnung.
Hilgers, No. 111.

unzureichend, dies werde von allen streifen und den Parteien des besetzten Gebietes entschieden abgelehnt. Dagegen sei es von größter Bedeutung, die hohe bodenkundliche Kultur des Rheinlandes zu fördern, und dadurch den Zusammenhalt des Rheinlandes mit der deutschen Kultur zu stärken. Über die Wege besprach er sich mit den Führern in Bildungspflege, Kunst, Sport und Jugendpflege eingehend. Ferner wurden rein wirtschaftliche Beschwerden, die dem Reichsminister gegenüber geltend gemacht wurden, den zuständigen Ministerien zur Berücksichtigung überwiesen. Endlich wurden die durch die starke Besetzung des Rheinlandes hervorgerufenen Beschwerden und die darüber mit der Interalliierten Kommission des Rheinlandes geführten Verhandlungen des Reichsministers erörtert.

Verbandsrat der Post- und Telegraphenbeamten.
* Berlin, 23. Aug. Im Lehrervereinshaus wurde heute der 31. Verbandstag des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten eröffnet. 300 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands sowie Delegierte der anderen Postverbände, besonders auch der übrigen Organisationen, waren erschienen. Zum Vorsitzenden der Tagung wurde Rechnungsrat Gurew-Berlin gewählt. Die Verhandlungen am Vormittag waren von ausschließlich geschäftlicher Art. Der erste Verbandsvorsitzende legte den Bericht über die gegenwärtige Lage ab, an den sich eine allgemeine Aussprache angeschlossen. Nach der Mittagspause wurde dann in die Besprechung der Hauptpunkte der Tagesordnung, der Personal- und Besoldungsreform sowie der Beamten-Mittelbeschränkung eingetreten. Im Auftrage des Reichsministeriums begrüßte Staatssekretär Stengel-München die Versammelten. Der Verbandstag wird bis zum 26. August dauern.

Das Gehalt der Volksschullehrer.
Am 7. Juli d. J. haben die Hgg. Krug, Mey, Bennis, Dietrich und Kamp in der Preussischen Landesversammlung durch eine kleine Anfrage auf einen Mangel in der Vorgehung der Volksschullehrerbesoldung hingewiesen, der durch die Ausföhrungsbestimmungen zum Notgesetz vom 7. Mai d. J. geschaffen worden ist. Diese sehen nämlich nur eine nach dem Dienstalter abgestufte Abschlagszahlung vor, die besonders für die älteren Lehrkräfte weit hinter dem vollen Gehalt zurückbleibt, das ihnen bei einer vollständigen Durchföhrung des Notgesetzes zustünde. Die Anfrage der Abgeordneten ist bisher unbeantwortet geblieben. Jetzt soll sofort nach den parlamentarischen Ferien, also Ende September, das endgültige Volksschullehrer-Dienstentlohnungsgesetz zur Verabschiedung kommen, aber bis dahin kann die Lehrerschaft angesichts der sinkenden im Herbst der dringenden Notwendigkeit, alle Gehaltsartikel einzukassieren, umständlich warten. Aus Lehrkreisen mehren sich die an die Abgeordneten kommenden Klagen über die Notlage der Familien angesichts der stetigen Teuerung. Wer entschließt sich die Lehrerschaft für den Zins- und Währungsverlust der ihr aus der fortwährenden Schundung eines Gehaltsverlustes erwächst? Deshalb hat Hg. Krug (Mannich) in einer Eingabe an das Ministerium vom 22. August d. J. um sofortige befriedigende Regelung ersucht. Sollte aus dieses nichts resultieren, so muß im Parlament ein deutliches Wort gesagt werden!

Keine Unterredung Gehrenbach — Lloyd George.
* Berlin, 24. Aug. Die in ausländischen Blättern verbreitete Nachricht, der Reichskanzler Gehrenbach habe um eine Unterredung mit Lloyd George gebeten, und werde wahrscheinlich zu einer Unterredung am 26. August in der Schweiz eintreffen, wird uns auf Anfrage von zuständigen Seite als völlig unzutreffend bezeichnet.

Minister Hermes in London.
* Amsterdam, 25. Aug. Der Telegraph meldet aus London: Der englische Lebensmittelmittelminister hatte eine Besprechung mit dem deutschen Ernährungsmittelminister Dr. Hermes. Die französischen italienischen und belgischen Mitglieder des ständigen Ausschusses des Obersten Rates wohnten der Besprechung bei.

Neue deutsche Vertreter im Auslande.
* Berlin, 23. Aug. Die Nachricht, daß in Verbindung mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu mehreren Mächten die Neubestellung einer Anzahl von deutschen Vertretungen im Auslande bevorstehe, wird von zuständigen Seite bestätigt. Der bisherige Chef der englischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Albrecht, soll die Gesandtschaft in Christiania übernehmen. Für Buenos-Ayres ist der Gesandte Parde in Anstich genommen, zuletzt Chef der amerikanischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, und für Rio de Janeiro Generalleutnant 1. Klasse Bohn, der auf verschiedenen Auslandsposten derselben Abteilung tätig war. Für die Botschaft in Rom ist Herr von Borenberg-Göppeler, Mitglied des Hamburgischen Senats, ausersuchen. Nachdem zwischen dem Deutschen Reich und Letztland ein vorläufiges Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen beiden Ländern abgeschlossen ist, ist auch die Einrichtung einer diplomatischen Vertretung für Rom notwendig geworden, an deren Spitze Dr. Meyer treten wird, der zuletzt eine vorläufige Verwendung bei der Gesandtschaft in Prag hatte. Der bisherige Leiter der Friedensdelegation in Paris, Ministerialrat Dr. Göppert, hat die Leitung der Friedensdelegation sowie gleichzeitig die der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes übernommen; er wird in Paris durch den Gesandten v. Mühlstein ersetzt.

Die Arbeitsbeschaffung für die Entwässerungsarbeiten.
* Berlin, 24. Aug. Die gewählte Kommission, die sich aus Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, der Groß-Berliner Gemeinden und der Entwässerungsanstalten zusammensetzt, hat gestern im Reichsministerium ihre Tätigkeit begonnen. Der Regierungsvorstand hat in einer einleitenden Rede um möglichst zahlreiche praktische Vorschläge gebeten, die die Arbeitsbeschaffung Sache der Gemeinden sei. Ihre Aufgabe sei es, jezt jede irgendwie geeignete Arbeit sofort herauszubringen, damit die Entlastungsarbeiten erfolgen können. Von Seiten der Entwässerungsanstalten werden verschiedene Vorschläge gemacht, n. a. wurde darauf hingewiesen, daß eine Beschäftigung der Jurauchschene in Bahnen zahlreichen Bauarbeitern Beschäftigung geben

würde. Vor allem würde sich dieses Terrain zur Anpflanzung eignen.

Die Abgrenzung des Saarlandes.
* Berlin, 24. Aug. Innerhalb der internationalen Kommission, die mit der Abgrenzung des Saargebietes betraut ist, kam es vor einiger Zeit zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem deutschen Vertreter und den übrigen Mitgliedern der Kommission. Man wollte die als Grenzen des Saargebietes bestimmten Verwaltungsgrenzen abändern. Instruktionsgemäß erklärte der deutsche Kommissar dies für unzulässig und lehnte die Berücksichtigung an der Beschlußfassung ab. Es entspann sich sodann, wie wir hören, ein längerer Notenwechsel über die Angelegenheit. Die Alliierten verlangten von Deutschland, daß es seinen Vertreter anweise, die Abänderung der Verwaltungsgrenzen als zulässig anzuerkennen. Die deutsche Regierung übergab darauf der Friedenskonferenz Anfang Juni eine ausführliche Note, worin sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach genauer Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. — Die Friedenskonferenz hielt ihren Standpunkt in einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note anrecht und führte aus, daß die Grenzen von Verwaltungsgrenzen unabhängig ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Die Rücksichtnahme auf die örtlichen wirtschaftlichen Interessen mache geringfügige Änderungen erforderlich. Solche Änderungen seien durch den Friedensvertrag keineswegs verboten. Im übrigen wird in der Note der Vorwurf gegen den deutschen Kommissar wiederholt und zum Schluß erklärt: Wenn die deutsche Regierung nicht für baldige Wiederaufnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten sorgt, werden sich die Alliierten genötigt sehen, diese Arbeiten durch ihre Kommissare allein weiterführen zu lassen. — Die Note erwähnt ferner, daß die deutschen Mitglieder der Grenzkommission im Gegensatz zu denen der alliierten Mächte keine Uniform tragen dürften. Diese Note hat die deutsche Regierung vor kurzem beantwortet. Sie wird ihren Kommissar zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeiten anweisen unter dem Vorbehalt der Entschädigung des Schiedsgerichts. Schließlich erneuert die deutsche Regierung den Protest gegen das durch nichts gerechtfertigte, dem Grundsatze der Gleichberechtigung aller Mitglieder einer internationalen Kommission widersprechende Verbot des Uniformtragens für die deutschen Mitglieder der Grenzkommission.

Die Lage in Oberschlesien.
Ein Polierfall in Breslau.
* Breslau, 23. Aug. In Breslau ereilt ein Auto mit französischer Mannschaft am Ring eine Panne. Einzigkommende Studenten geschnitten einige Reifen. Die Franzosen mußten zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden. Während des entstandenen Tumults wurden auch die anderen Reifen geschnitten. Der französische Führer erhob Beschwerde bei dem Polizeipräsidenten. Die eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Der Polizeipräsident von Breslau hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, unter allen Umständen Ruhe und Besonnenheit zu wahren.

Die Entwaffnung in Oberschlesien gänzlich erfolglos.
* Berlin, 25. Aug. In Bestätigung der bereits gemeldeten amtlichen Auffassung der Lage in Oberschlesien meldet der Sonderberichterstatter des Berliner Angebots aus Myslowitz, 24. August, die Entwaffnungsbemühungen des Verbandes blieb ohne jeden Erfolg. Die Polen sind nach wie vor bewaffnet und haufen Waffen als je. Zahlreiche bewaffnete Banden drangsalieren die deutsche Bevölkerung und plündern die Wohnungen aus. Außer Antommehnte ist auch Wagnereit heute von den Polen besetzt worden. Die Meldung, daß die Stadt Myslowitz in den Händen der Polen sei, bestätigt sich dagegen nicht. Die Polen versuchen nun, auch Radibor in ihre Gewalt zu bekommen. Von dem städtischen Teil des städtischen Radibor sind schon 1000 bewaffnete Polen gegen Radibor vor. Nach Meldungen, die in Kofel eingegangen sind, wollen die Polen nunmehr auch Kofel besetzen. Es sind polnische Pläne bekannt geworden, daß sie der Stadt morgen ein Massaker geplant ist.

Aufstimmung Anfang Oktober.
* Breslau, 25. Aug. Nach einer Meldung der Schlesischen Volkspresse soll der Aufstimmungstermin in Oberschlesien gemäß ministerieller Unterweisung der französischen Behörden auf die erste Oktoberwoche festgelegt worden sein.

Bürgerwehren.
* Kattowitz, 24. Aug. In Kattowitz Stadt und Land ist unter dem Vorhild des französischen Kampfmannes Mannes eine Kommission, bestehend aus drei Deutschen und drei Polen, gebildet worden, die die Organisation der Bürgerwehren in Angriff nehmen soll. Die Zusammenfassung dieser Bürgerwehren soll nach der Stärke der Nationalitäten auf Grund der letzten Gemeinderatswahlen erfolgen. Die Stärke der Bürgerwehren soll die Stärke der Sicherheitswehr entsprechen.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien.
* Berlin, 24. Aug. Soweit die polnische Ztg. unterrichtet ist, hat sich im ober-schlesischen Industriegebiet, namentlich in Kattowitz und Beuthen, seit Sonntag nichts geändert. — Nach dem „B. Z.“ liegen 29 Schächte in Oberschlesien vollständig still, auf den andern wird von 15—27 Prozent der Belegschaft nicht gearbeitet. Die Kohlenförderung ist um mehr als die Hälfte gesunken.

Die Gefahren des Ostens.
Die militärische Lage.
* Warschau, 23. Aug. Die bolschewistische Armee, die zwischen Narew und der preussischen Grenze eingeschlossen ist, bemüht sich, unter blutigen Verlusten der Jangze, die sie gefaßt hält, zu entgehen. Sehr erbitterte Kämpfe finden in der Gegend von Soldau und Mlawka statt, an der Bahnlinie Warschau-Danzig, wo die Russen gewonnen sind, sich gegen zwei polnische Armeen zu verteidigen, von denen die eine von Modlin, die

andere aus Graudenz kommt. Die Bolschewisten versuchen, ihre Vortruppen, die sich zum Teil bis Chlau, teils bis Mod vorgewagt hatten, zu retten. Ihre Verluste an Gefangenen in diesen Gegenden haben in den letzten Tagen die Zahl von 11 000 erreicht. Der Versuch der roten Armee, die polnische Linie auf der Straße Przasnysz-Malow-Mozany zu durchbrechen und den Narew zu überschreiten, ist vollkommen gescheitert. Die polnischen Truppen, die dem Narew nachmarschieren, haben auf dem rechten Ufer die Bolschewisten geworfen. Inzwischen hat das Gros der polnischen Kräfte, das von Warschau ausging, das ganze in der Gabelung von Bug und Narew befindliche Gebiet besetzt. Es bleibt daher der russischen Nordarmee nur der Ausweg, sich einen Weg in der Richtung Ostrolenka und Komischka nach Bialystok und Grodno zu bahnen. Die polnischen Truppen marschieren daher in Eilmärschen auf Ostrolenka und Komischka zu, während die Kavallerie, die den oberen Narew erreicht hat, die Straße zwischen Komischka und Bialystok bereits abgeschnitten hat. Die Schlacht, die sich am mittleren Narew vorbereitete, wird über das Geschick aller roten Truppen zwischen dem Narew und der preussischen Grenze entscheiden.

Aus Galizien wird ein bolschewistisches Abenteurerband gemeldet. Rote Truppen, Kavallerie und Infanterie, führen gegenwärtig einen Gegenstoß in der Richtung auf Brody und Lemberg aus. Weiter nördlich haben andere bolschewistische Abteilungen in der Gegend von Bug und Wladimir-Bolnisch versucht, den Übergang über den Bug bei Prutischow zu erzwingen. Sie wurden mit blutigen Verlusten zurückgeworfen. Das gleiche war der Fall bei den Sowjettruppen, die in der Gegend von Lemberg aufzulaufen. Die ukrainischen Regimenter, die ihre früheren Stellungen an der Sirypa halten, weisen alle bolschewistischen Angriffe erfolgreich ab, so daß am äußeren rechten polnischen Flügel die alte Front aufrechterhalten bleibt. Man kann — sagt der Gdansk-Bericht hinzu — erwarten, daß der fähige Vorstoß der Bolschewisten gegen Lemberg in kurzer Zeit erledigt ist.

Der siegreiche Vormarsch der Polen.
* Kopenhagen, 24. Aug. Der polnische Heeresbericht meldet: Im Norden besetzung von Przasnysz und Mlawka. Entscheidende Niederlage der bolschewistischen Nordarmee und panikartige Flucht der russischen Truppen. Die Polen melden viele Gefangene, im Zentrum scheitern die Polen unter der Führung von Bilsudski vor und haben die Linie Janibrow-Malow und den Narew südlich von Bialystok überschritten. Im Süden ziehen sich die Russen aus der Gegend von Lemberg zurück und werden von den Polen scharf verfolgt, die sich der Bug-Linie nähern. Auch vom Syry haben sich die Russen zurückgezogen.

Dem WW wird aus Friedrichshof (Ostpreußen) gemeldet:
Die russische Armee hat den Befehl, sich unter allen Umständen auf der ganzen Front vom Feinde abzulösen und mit 60 Wert Marschleistung für den Tag zurückzugehen. Die nächste Aufnahmestellung dürfte in der Nemenlinie sein. Es wird von den russischen Stabsoffizieren bestätigt, daß bei Mlawka aktive französische Truppen in ihren ober-schlesischen Uniformen angegriffen hätten.
Ein Königsberger Bericht vom 24. d. M. meldet über den Stand der Operationen:
Der polnische Nordflügel drängt den zurückgehenden Resten der vierten bolschewistischen Armee scharf in Richtung auf Rowno nach. Das Zentrum erreichte nach Vernichtung starker Teile der bolschewistischen 13. Armee gestern Komischka und befindet sich im Vormarsch vor Bialystok in nördlicher Richtung. In der Gegend von West-Bilowost-Cholm vergebliche Gegenangriffe der Bolschewisten. Auch in Galizien nahmen die polnischen Truppen den Vormarsch auf und überschritten den Bug nördlich und östlich Lemberg.

Weitere große Grenzübertritte.
* Mladenburg, 24. Aug. Nach wechselvollen Kämpfen am heutigen Tage ist es den Polen gelungen, den Angriff gegen den russischen Nordflügel bei Mladenburg vorzutragen und bedeutende russische Kräfte gegen die deutsche Grenze zu drängen. Im Laufe des Tages sind im Grenzabschnitt Chorzele-Myslowitz 9000 Russen mit Bewaffnung übergetreten. Die Entwaffnung und der Abtransport sind durchgeföhrt. Die Polen geben selbst zu, daß sie den Erfolg den polnischen Regimentern und deren deutschen Ausbilder verdanken. Die allgemeine Kriegslage ist noch vollständig ungesichert. Die Führer beider Parteien sind oft selbst über die Truppenbewegung im unklaren. In den Kämpfen im Wiered Mlawka-Janow-Chorzele-Praschnitz wurden 20 000 kampffähige Russen vermutet.

* Berlin, 24. Aug. Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Königsberg: Am 23. August haben Teile der 12., 17., 18., 83. und 24. Infanteriedivision und der 15. Kavalleriedivision, sämtlich von der 4. russischen Nordarmee, bei Kottowen die Grenze überschritten. Am 24. August trat dort die ganze erste Brigade der vierten Infanteriedivision der 15. russischen Armee auf deutsches Gebiet über. Die Gesamtzahl der bisher internierten Russen beträgt 24 000, dazu kommen 2000 Polen.

Erfischung französischer Offiziere.
* Washington, 24. Aug. Ein drahtloses Telegramm aus Moskau besagt, daß mit Rücksicht darauf, daß Frankreich mit Russland nicht im Krieg sei, jeder französische Offizier, den man an der polnischen Front gefangen nehme, stehenden Fußes erschossen werde.

Diese bedauerliche Verschärfung der Kriegsföhrung wird von den Russen zu dem Zwecke eingeföhrt, eine klare Antwort aus Paris zu erzwingen, ob sich Frankreich als im Kriege mit Russland befindlich betrachte. In Moskau ist man offenbar der Ansicht, daß ohne eine solche Kriegserklärung die Verwendung der bisher nur als Instrukteure tätig gewesenen französischen Offiziere als Führer in der polnischen Armee in französischen Uniformen völlerrechtlich unzulässig ist.

Zwölf Deutsche erschossen.
* Warschau, 23. Aug. Wie der polnische Heeresbericht mitteilt, sind 12 Deutsche, die in den Kämpfen bei Strassburg angeblich mit der Waffe in der Hand in der Reihe der Bolschewisten gekämpft haben sollen, erschossen worden.

Ein Verbandsultimatum an Russland.

* Berlin, 24. Aug. Aus Sugern wird gemeldet: Die Verhandlungen in Sugern haben gestern nachmittag zu einem überraschenden und bedeutungsvollen Ergebnis geföhrt. Wie von wohlunterrichteter englischer Seite berichtet wird, erhielt der englische Ministerpräsident in den frühen Vormittagsstunden die endgültigen Bedingungen der Sowjetregierung für Polen. Er hat darauf sofort seine ganze Stellungnahme zu dem russischen Problem völlig geändert. Lloyd George soll in größter Entrüstung festgestellt haben, daß diese Bedingungen mit den ihm von Kamenew abgegebenen Bedingungen unvereinbar seien und einen Wortbruch der Moskauer Regierung darstellten und so jedes weitere Verhandeln mit ihr, nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete unmöglich mache. Alle weiteren Vereinbarungen mit den Vertretern der Sowjetregierung seien als erledigt zu betrachten. Indem Lloyd George diese Feststellungen machte, betonte er ausdrücklich, daß seine veränderte Stellungnahme lediglich und ausschließlich auf diese Tatsache zurückzuführen sei, und daß sie sich in keiner Weise gegen die besondere Regierungsform der Sowjets richte. Prinzipiell sei England bereit, auch mit einer Regierung zusammenzuarbeiten, die auf der Diktatur des Proletariats beruhe, wie ja England auch früher mit diktatorischen Regierungen, z. B. mit der des Zaren, zusammen gearbeitet habe. Über die Tatsache, daß die Moskauer Regierung den Versuch mache, diese Regierungsform auf einem unabhängigen Volke mit Gewalt aufzuzwingen, mache es unmöglich, Beziehungen zu dieser Regierung zu unterhalten. Es wurde demzufolge beschlossen, ein Ultimatum nach Moskau zu senden, daß bis Ende dieser Woche beantwortet werden muß. Andererseits werden die Alliierten die polnische Armee durch Entsendung von Kriegsmaterial unterstützen.

Auch in der Frage der Durchföhrung von Kriegsmaterial durch das Gebiet von Danzig hat Lloyd George seine Auffassung über Danzig geändert. Während er noch gestern gegen die Durchföhrung ersten Bedenken geltend machte, erklärte er jezt, daß in dieser Frage vor allem die Bestimmungen des Versailles Vertrages in Betracht gezogen werden müssen. Bestimmungen, nach denen Polen einen Anspruch auf die Durchföhrung erheben könne. Im Verfolg dieser Sitzung wurde weiterhin beschlossen, daß England und Italien der französischen Regierung Vorschläge für eine interalliierte Aktion unterbreiten würden, die darauf gerichtet sein sollte, dem polnischen Staat den freien Verkehr ohne jede Einschränkung durch das Danziger Gebiet gemäß den Bestimmungen des Versailles Vertrages zu sichern. Die Sugerner Beschlüsse bedeuten demnach einen völligen Sieg der französischen Regierungen.

Die Ultimatum an Russland.

* Amsterdam, 24. Aug. Die von Balfour nach Moskau gerichtete Note betont, daß die Friedensbedingungen, die nach den letzten Informationen Sowjetrussland Polen auferlegen will, im grundsätzlichen Widerspruch zu denen stünden, die Kamenew im Namen der Sowjetregierung der britischen Regierung mitgeteilt habe. Im Auftrage des Premiers fragte er an, ob die jezt Polen gestellten Bedingungen denjenigen Charakter tragen, den die Regierung Italiens darüber zugegangene Mitteilung enthielt. Sollte das zutreffen, so ergebe sich die Frage, ob Sowjetrussland vor habe, an diesen Bedingungen festzuhalten. Von der Antwort auf diese Frage, fährt Balfours Note fort, hängt die Zukunftspolitik der britischen Regierung ab, und da diese Angelegenheit zweifellos von dringender Bedeutung ist, bin ich ersucht worden, eine Beantwortung dieser Fragen bis zum kommenden Freitag einzuföhren.

Moskau lehnt jede Verantwortung ab.
* Kopenhagen, 25. Aug. Wie der Berliner Tageblatt aus Warschau telegraphiert wird, verläuft von kompetenter Seite, daß die polnische Regierung gestern eine neue Note von Zischkewitz erhalten hat. In dieser Note lehnt die Regierung jede Verantwortung für die ungenügende dringliche Verbindung zwischen Wlinsk und Warschau ab, die ausschließlich darauf zurückzuführen sei, daß die Funktion in Warschau zu schwach sei. Im übrigen enthält die Note keine positiven Mitteilungen.

Die Abgrenzung für Fortsetzung des Krieges.

* Moskau, 24. Aug. In einer Rundgebung der russischen Regierung heißt es:
Wir müssen jezt Vorschläge für neue Ueberfälle verlangen. Wir vertrauen zwar dem polnischen Arbeiter und verlangen, daß er bewaffnet wird, wir vertrauen aber nicht der polnischen Bourgeoisie, deren Delegation sogar jezt noch den Frieden sabotiert. Ihre Delegation hat begonnen, den Frieden noch mehr zu sabotieren, als sie unsere Mißerfolge der letzten Tage gesehen hatte. Wir müssen deshalb an dieser Front einen entscheidenden Kampf föhren. Wir müssen unsere rote Armee unterstützen. Der Kampf mit den weißgardistischen Dieben ist unsere erste politische Pflicht.
In der Moskauer Gouvernementskonferenz wurde nach dem Bericht Bucharins über die internationale Lage der Republik und die Aufgaben der russischen kommunistischen Partei im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Augenblick folgender Entschluß gefaßt:
In Anbetracht dessen, daß unsere Westarmee dank der verfallenen Unterstützung Polens durch die französische Regierung erste Mißerfolge erlitten hat, und gleichzeitig die Front Wrangels ebenfalls von großer Bedeutung wird, und das Kaukasus- und Donzgebiet bedroht sind, fällt es die Parteikonferenz für unbedingt notwendig, die Westfront mit allen Mitteln zu unterstützen und gleichzeitig die Front Wrangels zu vernichten. Alle Parteiorganisationen werden aufgefordert, eine schnelle Parteimobilisierung durchzuföhren und die Frage der Verstärkung unserer Front gegen Wrangel zu erörtern.

Polenbund und Danzig.

* Paris, 24. Aug. Der Polenbund vorläufig: Nicht eine Note, worin er erklärt, daß er mit den

Verhandlungen

Reynalds

ter der Allii

Ameri

* Danzig

preffe, daß

Danzig abge

teter Seite

Beschwade

schaffen, dar

ger und ein

Virginias

Eee gegang

sein endg

sch, wie erl

amerikanis

* London

über die W

den. Sierr

tenz gegen

gegen aber

bevorzugt

eines Ru

land wird

zone unwe

wird. Ne

träge ab

Politik ver

haben, dip

ten, jedoch

auf Länder

handedint

über Aust

Ein Abkom

englischen

tionalver

* Auf

antstich

Reiter C

er n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

ter n e h n

n Russland.
in wird gemeldet.
und gestern nach-
und bedeutungs-
n wohlunterrichte-
wird, erhielt der
frühen Vormittag
d George soll
haben, daß diese
kamener abgege-
sein und einen
ung darstellend
a mit ihr, nicht
h auf wirtschaftl.
Alle weiteren
ern der Sowjet-
trachten. Indem
machte, betonte
niedere Stellung
auf diese Art
sie sich in seiner
erungsform der
England bereit,
enzuarbeiten, die
beruhe, wie je-
rlichen Parteien
nennen gearbei-
die Moskauer Re-
Regierungsform
mit Gewalt auf-
Beziehungen zu
Es wurde deut-
nach Moskau zu
sche beauftragt
die Militärrat-
ung von Kriegs-
uhr von Kriegs-
Danzig hat Lloyd
Danzig gedankt.
Durchfuhr ein-
er steht, daß in
inmungen des
gezogen werden
nen Polen einen
eben könne. In
weiterhin beschrän-
französischen Re-
traktierten Aktion
gerichtete hin-
ien Verkehr ohne
niger Gebiet ge-
schaffter Verkehrs-
zu bedeuten dem
nützlichen Regie-
b. Er wird in
um mit dem
sammengutreffen
hland.
von Balfour nach-
ß die Friedensbe-
Informationen
will, in grunde-
nden, die Rame-
der britische
Aufträge des Prä-
stelt Polen gefes-
alter tragen, den
der zugegangene
zutreffen, so er-
land vorhabe, an
Von der Antwort
die fort, hängt die
gierung ab, und
von dringender
ben, eine Beant-
kommenen Frei-
wortung ab.
ie der Verlingste
ert wird, verlan-
e polnische Regie-
schäftigen er-
die Mätereierung
nigende drüßlose
Warschau ab, die
nen sei, daß die
nach sei. Im näch-
en Mitteilungen.
ung des Krieges
Grundgebung der
für neue Lieber-
war dem polni-
daß er bewußt
polnischen Bour-
st noch den Fried-
an begonnen, den
als sie unser
nen hatte. Mit
einen entschei-
unserer Rolle zu
den weigard-
tistische Pflicht.
nemenskonferenz
s über die inter-
die Aufgaben der
i im Zusammen-
genblick folgender
nere Wekarnes
Polens durch die
sicherheit erliten
rangel ebenfalls
das Kuban, und
die Parteikonfe-
die Parteilose mit
gleichzeitig die
lle Parteiorganis-
schnelle Partei-
die Frage der im
Drangel zu es

Verwaltung in Danzig nichts zu tun habe, wo Sir
Reginald Lower einzig und allein als Beauftragter
der Alliierten handele.

Amerikanisches Geschwader nach Danzig.

Danzig, 24. Aug. Zur Nachricht der Ge-
presse, daß ein amerikanisches Kriegsschiff nach
Danzig abgeschickt werde, wird von sehr unterrich-
teter Seite weiter gemeldet: Am 16. August ist ein
Geschwader von 14 großen amerikanischen Kriegs-
schiffen, darunter drei Flaggschiffe, vier große Kreuzer
und eine Torpedobootflotte, von der Küste
Virginias mit versiegelter Order nach der Ostsee in
See gegangen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß
sein endgültiger Bestimmungsort Danzig ist, wo
sich, wie erklärt wird, die Anwesenheit einer starken
amerikanischen Flotte als notwendig herausstellt.

Ausland.

Ägyptens „Autonomie“.

London, 23. Aug. Die Times gibt Mitteilung
über die Bedingungen, die zwischen Lord Milner
und Saad Zaglul Pascha vereinbart wurden.
Sienad wird England die Integrität Ägyptens
gegen jeden fremden Angriff sicherstellen, da-
gegen aber muß Ägypten England im Mittel eine
bevorzugte Stellung einräumen und ihm im Falle
eines Krieges jede Gefährdung einräumen. Eng-
land wird in Ägypten eine Garaison in der Kanal-
zone unterhalten, deren Basis jedenfalls Kantara
wird. Ägypten soll keine ausländischen Besatzungen
selbst leisten unter der Bedingung, daß es keine Ver-
träge abschließt, die sich nicht mit den englischen
Politik vertragen. Ägypten wird auch das Recht
haben, diplomatische Vertreter im Ausland zu ha-
ben, jedoch würden sie wahrscheinlich gegenwärtig
auf Länder beschränkt bleiben, worin Ägypten
Handelsinteressen habe. Kapitulationen werden
aufgehoben und die Kontrolle der Gefangenschaft
über Ägypten dem Oberkommissar übertragen.
Ein Abkommen, das getroffen werden soll, soll vom
englischen Parlament und von der ägyptischen Na-
tionalversammlung ratifiziert werden.

Stadt-Nachrichten.

Neu, 26. August 1920.

Ausfall. In den letzten Tagen haben leider
mehrfach die Steuerabzüge vom Lohn
Arbeiter Gewalttätigkeiten gegen Un-
ternehmer oder deren Beauftragte begangen.
Ich warne dringend vor derartigen Ausschreitungen,
die als Aufruhr, Landfriedens-
bruch, Exzesse usw. schwer bestraft
werden.

Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe
und Ordnung ist jetzt mehr als je im Interesse un-
seres Wirtschaftslebens und zur Erfüllung unserer
Verpflichtungen aus dem Spätkommunen Lebens-
bedürfnis Deutschlands. Arbeiter, auch Ihr ver-
urteilt in Eurer überwiegenden Mehrheit den Ter-
rorismus, der die Arbeitgeber bei Einbehaltung
des Steuerabzuges lediglich einer gesetzlichen
Pflicht genügt, deren Verletzung sie strengen
Strafen aussetzt.

Ich vertraue fest auf den im Krieg und Frieden
so oft bewährten gesunden Sinn der Arbeiter-
schaft des Regierungsbezirks Düsseldorf und ihr
Empfinden für Recht und Gerechtigkeit. Daß die-
sen Euren guten Ruf durch die Hebe unverant-
wortlichen Elemente nicht vernichten.

Es ist nicht deutscher Arbeiter Art, sich an Un-
schuldige zu vergreifen! Weist alle Schädlinge aus
Euren Reihen!

Schützt Eure Arbeitsstätten um Euerwillen!
Wahrt Eure Würde als gesetztreue Arbeiter und
Staatsbürger!

Düsseldorf, 7. August 1920.

Der Regierungspräsident: Gräffner.

Herabsetzung der Ration. Der Regierungs-
präsident von Düsseldorf hat im Einverständnis mit den
Bürgermeistern der wohnortlichen Rationierung mit
den nächsten Woche ab von 4 auf 3 1/2 Pfund herabgesetzt.
Dazu 4. August als war die Rationierung wegen der
schweren Karkassensorgen von 3 1/2 auf 4 Pfund erhöht
worden, wogegen die wohnortlichen Rationierungsbereiche
beruhten und unanverändert 3 1/2 Pfund bestehen
blieben. Da nunmehr genügend Karkassen vorhanden
sind, glaubte die Düsseldorf Regierung, die Rationierung
wieder ermäßigen zu können.

Das Wetter steht nach Überwindung der Tief-
druckperiode der letzten acht Tage wieder im Zeichen eines
heilen Aufbruchs. Das Barometer ist noch weiter gestie-
gen. Die höchste Temperatur betrug gestern 19 Grad,
die niedrigste in vergangener Nacht 10 Grad Celsius.
Die Wetterstationen finden nicht bloß eine Auflockerung,
sondern auch wärmerer Wetter an. Von Amerika wird
sogar eine signifikante Erwärmung. Am 9. August wurde
in einem Städtchen in Connecticut der heißeste Tag
seit 40 Jahren mit 100 Grad Fahrenheit im Schatten
festgestellt.

Städtische Feste und Märkte. Vom 27. August
bis 11. September findet keine Festschließung statt.

Zu der Stadt. Unglückliche Gemeindeeinwohner.
Scheidet man uns aus Verwaltungsgesetzen:

Der Ausführungen ist in Feuerlicher Hinsicht nicht
beizufügen. Wenn dem Verfasser die im 1889. S. 1123
erschlossene Verordnung des Reichsfinanzministers über
die Besteuerung des vereinfachten Einkommens durch
die Gemeinden vom 28. Mai d. J., ferner die §§ 30 u. f.
des im A. G. S. 402 erschienenen Landessteuergesetzes
vom 30. 3. 1920 bekannt gewesen wären, würde der
bezeichnete Artikel nicht veröffentlicht worden sein. Nach
den angegebenen Gesetzen können die Wohnortgemeinden
bestimmen, von demjenigen Mindesteinkommen, das von
der Einkommensteuer nicht erfasst wird, noch bestimmten
Grundlagen eine Gemeindesteuer zu erheben. Die Be-
schlüsse werden den zuständigen Finanzämtern mitgeteilt,
die alsdann die Besteuerung veranlassen.

Somit die Rationierung als auch die Städte
Ruh und Düsseldorf usw. werden zur Besteue-
rung des reichssteuerfreien Einkommens
vor der Hand gezwungen sein.

Die Ausweisung, daß die vereinfachte Besteuerung nur
bei unverheirateten Steuerpflichtigen gestattet ist, ist
falsch. Zwischen verheirateter und unverheirateter wird kein
Unterschied gemacht, wohl steht das Gesetz u. a. die
Nichtbesteuerung der steuerfreien Einkommensteile für
die zweite und jede weitere Person, die das 16. Lebens-
jahr nicht vollendet haben (also die sogenannten Kinder-
privilegien) toll.

Ein Stadtplan von Neu (Hauptstadt) ist im
Verlage der Neuen Buchhandelsge-
sellschaft in neuer Auflage erschienen. Bei diesem wurden
die inzwischen eingetragenen Änderungen berücksichtigt,
trotz der Plan in seiner letzten Gestalt ein getreues
Bild der neuere Entwicklung unserer Stadt bietet

und deshalb weiteren Kreisen willkommen sein dürfte,
zumal der Plan seit längerer Zeit vergriffen war.

Neue Einmischungen. Die Reichsdruckverwal-
tung hat neuerdings Verleumdungsschreiben zu einer Mark
vom 1. August 1914 ausgegeben, die anstelle der roten
Nummern und Stempelverleumdungen einen solchen aus blau-
violetter Farbe tragen. Die sonstige Ausführung ist
unverändert geblieben.

Der Markkurs. Es notieren an der gestrigen
Börse: englische Noten (1 Pfund Sterling) 175 1/2
bis 177 Mark, französische Noten (100 Franken) 840 bis
848 Mark, belgische Noten (100 Franken) 860 bis 872 1/2
Mark, holländische Noten (100 Gulden) 1560 bis 1572 1/2
Mark, rumänische Noten (100 Lei) 105 bis 107 Mark,
schweizerische Noten (100 Franken) 820 bis 826 Mark,
amerikanische Noten (1 Dollar) 49 1/2 bis 50 Mark. Der
Markkurs hat sich also weiter gebessert.

Einbrecher haben in der Nacht von Dienstag auf
Mittwoch in einem Fabrikbüro am Hafen Türen,
Schränke und Kasse erbrochen. Außer einigen Schiffs-
siegeln aber keine Beute in die Hände.

Senkung der Strompreise. Dem Beispiel anderer
Elektrizitätswerke folgend, hat die Thüringische Elektri-
zitätsversorgungsgesellschaft rückwirkend vom 1. Juli den
Preis für die Stromerzeugung von 3.20 auf 3 Mark
ermäßigt. Auch die Jahrmiete wurde vermindert. Für
den 1. September soll eine weitere Preisherabsetzung in
Ausicht genommen sein.

Ergebnis der Viehzählung im Deutschen Reich.
Die am 1. Juni im Reich stattgefundene Viehzählung
hat ergeben: 16.991.523 Stück Rindvieh (gegen
16.444.725 am 1. März), 7.021.392 Stück Schafe
(6.212.726), 11.656.818 Stück Schweine (9.430.262),
4.967.537 Stück Pferde.

Zu den Lebenspreisen. Der Bund Deutscher Schuh-
macher-Vereine beschloß auf seinem am 8. und 9.
August in Weimar stattgefundenen Verbandstag folgende
Erklärung:

Das Schuhmacher-Handwerk bedauert die fortschrei-
tende Ausbreitung der Inflation, die auf dem Welt-
markt auf das Schuhwerk und sich auf dem heimischen Markt
über den Verbraucher ausbreitet. Der Verbraucher wird
besucht. Es liegt im besonderen Interesse der gesamten
Bevölkerung und des Schuhmacher-Handwerks, wenn auf
dem Güter- und Lebensmarkt Ruhe und Ordnung herrscht.
Preisstand herbeigeführt wird, der auch für das Volk-
swohl für das Schuhmacher-Handwerk und materieller Einfluß
so ganz besonders wichtige Ereignisse „Schuhwerk“ einen
den Verhältnissen entsprechenden Preis zuläßt. Der
Verband Bund Deutscher Schuhmacher-Vereine hat es
sich als seine besondere Aufgabe betrachtet, ganz speziell
in der Preisfrage aufklärend und belehrend zu wirken
und fordert an dieser Stelle wiederum das gesamte
Schuhmacher-Handwerk auf, in dieser immer noch so
schwierigen Zeit nach wie vor gute Arbeit zu
angemessenen Preisen zu liefern.

Gegen die Schuhpreissteigerung. Der Verband
Deutscher Schuhmacher-Vereine erklärt folgenden Protest
gegen die Schuhpreissteigerung:

Alle an der Schuhherstellung und deren
Vertrieb beteiligten Gewerks-
zweige. Alle Angelegenheiten davor hin, daß die
Preise für die zur Erzeugung notwendigen Rohstoffe und
Vorfabrikate eine steigende Richtung einzuschlagen be-
ginnen, wodurch die Schuhwarenpreise anstiegen, die erwar-
teten Senkung eine weitere Steigerung erfahren müssen.
Als Ursache der Preissteigerung der Schuhwarenpreise
erkennen wir hiermit öffentlich, daß die Kaufkraft der
breiten Schichten der Verbraucher für etwaige weiter-
gehende Schuhpreise nicht ausreicht. Die allgemeine
Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

Als die Verwertung des von weiteren Preissteigerun-
gen in erster Reihe betroffenen Schuhwerks, die Preise noch
tiefer zu senken, als es infolge der letzten wirtschaftlichen
Entwicklung der Fall war. Wenn statt dessen bei
Schuhwaren demnach höhere Preise in der Erzeugung
treten sollen, so würde der Kleinhandeler hierdurch den
schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden,
weil bei ihm die Warenverwertung am augenfälligsten
und unmittelbar in der Erscheinung tritt. Wie die Vor-
gänge der letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der
Kleinhandeler von dem Käufer für die Preissteigerung
verantwortlich gemacht. Diese irdige Auffassung hat sich
bekanntlich in letzter Zeit sogar in Pöbelreden der
Wägen und gewalttätigen Preisabsatz geäußert.

es auch die Veranlassung von Theater-, Konzert- und
Bereins-Aufführungen und von Vorträgen, die da glau-
ben, den Zeitungen zumuten zu dürfen, sie sollen für
meist rein geschäftliche Mitteilungen kostenlos Satz und
Papier zur Verfügung stellen. Wenn die Zeitungen
dann Bedenken geltend machen, so gewärtigen sie noch
Unannehmlichkeiten. Hierin muß Wandel geschaffen
werden. In der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen
Not, insbesondere der Papiernot, muß jeder man
verleihen und es ohne Empfindlichkeit hinnehmen, wenn
weniger wichtige Berichte oder wiederholte Erwähnung
auf Veranlassungen jeglicher Art im Schriftsatz gestürzt
werden oder ganz wegbrechen.

Aufnahme des abgeprüften Brandweins.
Seitens der Geschäftsstelle der Handelskammer wird uns
geschrieben: Die Frist für die Aufnahme und Anmel-
dung des abgeprüften Brandweins ist nach Mit-
teilung des Reichsmonopolamtes an die Handelskammer
für den hiesigen Bezirk bis zum 1. September 1920 ver-
längert worden.

Ein überflüssiger Einfuhrzoll. Wie der Deut-
schen Ostbaugesellschaft aus ihren Mitgliederkreisen
geschrieben wird, sind in letzter Zeit wieder viel Ba-
nanen in Deutschland eingeführt worden. Sie ver-
schlingen viel Geld. Ein Wagon mit 100 Zentner
kostet ungefähr 50.000 Mark. Bananen sind ein
Brot, Brot und Obst einzuführen, würde dem deut-
schen Volk dienlicher sein. Für Bananen liegt tatsäch-
lich kein Bedürfnis vor, weil seit Ende Mai deutsches
Obst in Fülle und Fülle in allen Sorten der Jahreszeit
entprechend vorhanden ist und bis in den Spätherbst
und Winter hinein zu haben sein wird.

Waren zu 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pfennig. Die Ober-
postdirektion schreibt: Die Postämter sind ange-
wiesen, die in den Händen des Publikums noch befindlichen
Freimarken zu 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pfennig, die mit Ablauf
dieser Monats ihre Gültigkeit verlieren, bis zum 1. Sep-
tember gegen Freimarken anderer Werte einzulösen.
Gegen die Maßnahme der Reichspostbehörde, daß die
Marken ihre Gültigkeit mit dem Ablauf des Monats
verlieren sollen, erhebt der „Königsberg“ im Hin-
blick auf die Unmöglichkeit eines so raschen Abflusses
der Marken in einer Eingabe an das Reichsmonopol-
amt Einspruch und hat um eine angemessene Ver-
längerung der Frist.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

Wetlinghofen, 25. Aug. Am Sonntag, den 1.
Oktober d. J., feiert der hiesige Kirchchor sein
50jähriges Stiftungsfest. Zur Erhöhung der Feier wird
nachmittags das Oratorium „Die hl. Cecilia“ in
A. J. Gippers, Musik von A. Wiltberger, aufgeführt.
Im eine möglichst vollkommene Aufführung darzubieten,
sind der Kirchchor und der Chor der Jungfrauen-Kon-
gregation schon seit Monaten mit Eifer den Gesängen
beschäftigt.

Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 25. Aug. Eine einmalige Teuerung-
zulage von 800 Mark verlangen die städtischen Straßen-
bahnen. Die städtische Verwaltung hat Verhandlungen
über diese Forderung abgelehnt mit dem Hinweis, daß
die Forderung eine Ausgabe von 1 1/2 Millionen Mark
bedinge, und daß die Straßenbahn, die schon im vorigen
Jahre mit einer Unterbrechung von 7 Millionen Mark ge-
arbeitet habe, einen solchen Betrag nicht aufbringen könne.
Wenn die Straßenbahn auf ihrer Forderung bestünde,
dann müßte der Straßenbahnbetrieb eingestellt werden.
Am 23. Aug. Das hiesige Gericht hat verur-
teilt die Händlerin Gertrude Ande, die Händlerin
Jeanne Paul und den Kaufmann Paul Dürsch, sämt-
lich aus Lüttich, wegen unerlaubten Handels mit Ziga-
retten, unerlaubter Zigaretten- und Zigaretten-
warenherstellung zu je drei Monaten Gefängnis und
50.000 Mark Geldstrafe. Wegen Erbschens von Ziga-
retten wurden der Arbeiter Weißbach (Köln) zu 2 Wochen
Gefängnis und 16.000 Mark Geldstrafe und der Arbeiter
W. Weißbach zu 2 Wochen Gefängnis und 14.400
Mark Geldstrafe verurteilt.

Am 24. Aug. 100.000 Mark Beschlagnahme wird
den glücklichen Mann gezeigt, der einen Gefangenen
in der Volksgartenstraße wieder zu seinem gestohlenen
Gut beibringt. Gefangen wurden etwa 200.000 Mark
in deutschen Papiergegeld, rund 200.000 Mark belgische
Franken und für 400.000 Mark ausländische Wertpapiere.
Das allernützlichste aber ist, daß diese Beträge, wie
die Anzeige besagt, mit einem weichen Bettuch und grauer
Hinterjacke umhüllt waren, was gewiß nicht der übliche
Taschensack für solche Beträge ist. Unter den Leidtragenden
wird sich natürlich auch die Steuerbehörde befinden, denn
es ist kaum anzunehmen, daß die Herren Spitzbuben
in der Bekleidungs- und Hinterjacke eingetauscht Geldbeträge
zum Reichsmonopolamt, zur Polizeibehörde, zur Kriegsgewinn-
abgabe usw. anmelden werden.

Kriegsgefangene. 24. Aug. Zwei Beamte der Schacht-
baugesellschaft in Essen sind gestern hier das Opfer eines
Brandbetruges geworden. Der Rechnungsführer Schmitz
befand sich mit Begleitern in Höhe von 56.000
Mark auf dem Wege vom Bahnhof Langenfeld nach der
neuen Schachtanlage Constanza. In seiner Begleitung
befand sich der Beamte des Hauptbüros in Essen, Josef.
In der Nähe des Schachtes wurden beide von zwei Un-
bekannten überfallen und durch zwei Schüsse schwer
verletzt. Die Männer sind unverletzt entkommen. Die
Schwerverletzten wurden später aufgefunden.

Hagen, 24. Aug. Eine Gruppe der hiesigen Krimi-
nalpolizei sah in Westfalen fünf Fahrzeuge ab, auf
denen über acht Tennen Rohstoffe auf ungelegentlichem Wege
verschifft werden sollten.

Witten, 25. Aug. Zur Bekämpfung der Kohlennot
sollen die bei Witten gelegenen, seit langer Zeit still-
gelegenen Zechen Theresia und Nachhall wieder in Betrieb
gesetzt werden.

Rein, 22. Aug. Im Lichtloche des Naturhistori-
schen Museums gelangte der Schädel des mächtigen
Mosbacher Elefanten zur Ausstellung. Die Reste wurden
vor mehreren Jahren in den älteren Museumsräumen
gefunden und jetzt zusammengeführt. Der riesige Schädel,
in Verbindung mit den schon früher aufgestellten Beinen,
gibt dem Besucher nunmehr ein vollständiges Bild von
der gewaltigen Größe des Elefanten, die in früheren
Zeiten unsere Gegend bewohnten. Der aufgestellte Schä-
del ist bis jetzt der einzige seiner Art.

Rein, 23. Aug. Die gegen das Urteil des
französischen Kriegsgerichts zu Witzort, das wegen
Espionage zu zehn Jahren Gefängnis verurteilten Kauf-
manns Wiltinger (Mannheim) eingeleitete Revision ist
als gesetzlich unzulässig zurückgewiesen worden, da
Kriegsgerichtsbarkeit nach französischem Recht nur der
Revision unterliegen, wenn Lebensstrafe oder lebens-
längliche Freiheitsstrafe erkannt worden ist. Außerdem
steht den in Anwesenheit verurteilten Angeklagten das
Recht der Revisionseinlegung zu, wenn sie sich den fran-
zösischen Kriegsgerichten in Person stellen. In diesem
Falle muß die Revision innerhalb fünf Tagen eingereicht
werden.

Neueste Nachrichten.

Der polnische Siegesbericht.

Köpenhagen, 25. Aug. Nach einer Drahtung
aus Warschau besagt der gestern abend veröffent-
lichte Bericht, daß der polnische Sieg über die
Russen jetzt vollständig ist. Die Russen seien
überall vollkommen in die Flucht geschlagen. Die

Polen hätten bis jetzt 70.000 Gefangene gezählt und
eine gewaltige Menge Munition und Kriegsmate-
rial erbeutet. Täglich würden Tausende von Ge-
fangenen eingebracht. Infolge der Eroberung von
Wladystok sei die russische Nordarmee endgültig
vom Rückzug abgeschnitten.

Die Kämpfe der Vierten Armee.

Deutsche Grenze bei Hainberg, 25. Aug. Früh.
Die wechselvollen Kämpfe des gestrigen Tages und
der Nacht scheinen das Schicksal der Vierten russi-
schen Armee nicht wenden zu können. Trotz dril-
licher Erfolge einzelner russischer Abteilungen, wäh-
rend welcher auch einige hundert Polen über die
deutsche Grenze gedrängt wurden, haben bisher alle
Durchbruchversuche der Vierten Armee, die noch
am Smolensker südlich Wladystok kämpft, zu kei-
nem Resultat geführt, da ihre Munition fehlt und
ihre gänzlich erschöpften Truppen gegen die gut ver-
pflegten, kampferprobten polnischen Regimenter
Hainberg nicht aufkommen können. Die Kämpfe
nähern sich der Grenze. Zwei verschossene Artille-
rieregimenter treten eben über. Der bevorstehende
Übertritt zweier weiteren Divisionen mit Kavallerie
ist von den Kommandeuren schon gemeldet. Die
hier noch kämpfenden Verbände haben jegliche Ver-
bindung mit der russischen Hauptarmee verloren.

Ueber die Reichsgrenze gedrängt.

Königsberg, 25. Aug. Die Zahl der über die
Reichsgrenze gedrängten Russen beträgt 50-60.000
Mann. Gestern nachmittag sind drei weitere Divi-
sionen gefolgt, sodass die Gesamtzahl der vor den
Polen zurückweichenden auf deutsche Gebiet über-
getretenen Russen die Zahl von 70-80.000 erreicht
hat.

Abreise der russischen Abordnung.

London, 25. Aug. Kamenow und Krasik
haben ihre Pässe verlangt und sollen beschleunigt
England am Freitag zu verlassen.

Polens Weigerung.

London, 25. Aug. Kamenow erhielt vom Mos-
kau die Nachricht, daß die Polen die Friedensbedin-
gungen gänzlich abgelehnt haben.

Polnische Grausamkeiten in Chorzelle.

Wien, 25. Aug. Nach einer Meldung
des Allensteiner Volksblattes ist in Chorzelle, das
von den Polen besetzt worden ist, der große
Teil der hauptsächlich aus Juden be-
stehenden Bevölkerung von den Po-
len niedergemacht worden. Für heute
ist eine Reihe von Hinrichtungen der zurückgebliebenen
Bevölkerung der Stadt angedroht worden.

Zur Rückkehr deutscher Gefangener aus Russland.

Stettin, 25. Aug. Die schwedische Regie-
rung hat dem roten Kreuz 160.000 Kronen für die
Rückkehr deutscher Gefangener aus Russland zur
Verfügung gestellt.

Die ersten Verhandlungen.

Oppeln, 25. Aug. Zum ersten Male ist gestern
zwischen Deutschen und Polen in Ratibitz
verhandelt worden. Es scheint sich also eine
gewisse Verständigung anzubahnen. Bedeutungs-
voll für die Verständigungssache war die Aus-
sprache, die gestern in Weiden zwischen dem besei-
tigten englischen Kreisinspektoren Major Otley und
den Vertretern der deutschen und polnischen Par-
teien zustande kam. Die vereinigten deutschen Par-
teien und Gewerkschaften nahmen in einer eben
veröffentlichten Kundgebung zur Ruhe und sprechen
dem General Kerner ihr Vertrauen
aus. Mit den vier bereits erwähnten Forderungen
hat sich der General vollkommen einverstanden

1000